

RESOLUTION

KONZERNVERANTWORTUNG: ABSTIMMUNGSKAMPAGNE – FÜR EIN « JA » AN DER URNE

Die Schweizer Sektion von Amnesty International, die sich am 30. Juni 2020 zur virtuellen Generalversammlung trifft, engagiert sich in der Abstimmungskampagne für die Konzernverantwortungsinitiative. Die Initiative fordert, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz gesetzlich verpflichtet werden, bei ihren Geschäften im Ausland Menschenrechte zu respektieren und Umweltstandards einzuhalten.

Die Initiative fordert eine Selbstverständlichkeit: Wenn Unternehmen Kinder ausbeuten, Flüsse verschmutzen oder indigene Gemeinschaften gewaltsam vertreiben, sollen sie dafür geradestehen. Die Manager*innen grosser Konzerne dürfen nicht länger die Augen verschliessen, wenn ihre Geschäfte mit Menschenrechten in Konflikt stehen. Dies ist der Fall, wenn Syngenta in Indien giftige Pestizide wie Polo verkauft und das dazu beiträgt, dass Hunderte von Landarbeiter*innen vergiftet werden, wie 2017 im Distrikt Yavatmal. Oder wenn eine grosse von Glencore kontrollierte Mine in Peru zu Umweltverschmutzung führt und Kinder deshalb Schwermetallen ausgesetzt sind.

2016 reichte eine breite zivilgesellschaftliche Koalition, darunter auch Amnesty International, die Konzernverantwortungsinitiative mit 120'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein. Nach jahrelangen Diskussionen hat das Parlament, das die Wahl zwischen zwei indirekten Gegenvorschlägen der beiden Kammern hatte, den vom Ständerat ausgearbeiteten Alibi-Gegenvorschlag verabschiedet. Konzerne sollen nicht für angerichtete Schäden geradestehen müssen, sondern lediglich einmal im Jahr eine Hochglanzbroschüre veröffentlichen. Schlimmer noch, sie können sogar beschliessen, keine Berichte zu veröffentlichen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

Dieser Gegenvorschlag entspricht nicht den Forderungen unserer Initiative. Er wurde von der Konzern-Lobby orchestriert, um den Stimmberechtigten vorzugaukeln, dass die Konzernverantwortungsinitiative überflüssig sei.

Dick Marty, ehemaliger Ständerat und Staatsanwalt des Kantons Tessin, Co-Präsident des Initiativkomitees, sagt: *«Der Alibi-Gegenvorschlag ist wirkungslos. Wir wissen alle, dass gerade die skrupellosesten Grosskonzerne noch so gerne Hochglanzbroschüren veröffentlichen. Erst wenn Menschenrechtsverletzungen auch Konsequenzen haben und sie dafür geradestehen müssen, werden alle Konzerne anständig wirtschaften.»*

Mit dieser Resolution verpflichtet sich die Schweizer Sektion von Amnesty International, alle Kräfte der Mitarbeitenden und Mitglieder zu mobilisieren, um die Abstimmungskampagne zu führen - an der Seite der Koalition, der zur Zeit mehr als 120 Organisationen, 350 Lokalkomitees, ein Wirtschaftskomitee, ein bürgerliches Komitee und ein Kirchenkomitee angehören.

Der Bundesrat gibt am 1. Juli bekannt, ob die Abstimmung am 29. November stattfinden wird. Sonst wird spätestens am 7. März 2021 über die Konzernverantwortungsinitiative abgestimmt.